

# turbine

## Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

April 2013

Jahrgang 42

Konsumnachfrage muss gestärkt werden

### Streikbereitschaft signalisieren!

IG Metall Forderung von 5,5 Prozent ohne Streik nicht durchsetzbar

Schon die Forderungshöhe ist bescheiden. Höhere betriebliche Forderungen (zum Beispiel Daimler-Zentrale und Daimler Untertürkheim 6,5%, ALSTOM Mannheim 8%, Porsche 8,5%, Bosch Feuerbach und Schwieberdingen 6,5%, Mahle Stuttgart 6,5%, Mahle Markgröningen 6,9%, WMF Geislingen 6,8%) und die ebenfalls höheren örtlichen Forderungen (Stuttgart 6%, Mannheim 6% und Esslingen 6,5%), wurden einfach auf 5,5% abgesenkt. Die berechtigten Forderungen nach höherer Anhebung der unteren Entgelte, von (250,-€

Daimler Zentrale und ALSTOM Mannheim), oder mindestens (185,-€ Anündigung Mahle - Markgröningen), (250,-€ WMF Geislingen) (180,-€

### DKP Frührschoppen Gasthaus Grüner Kranz Voithsiedlung 10:30 Uhr Sonntag, 09. Juni 2013 Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Manfred Jansen Stuttgart  
Mitglied im Bezirksvorstand der DKP  
Im Anschluss Weißwurstessen

Vertreterversammlung Esslingen), wurden gleich ganz ignoriert. Bei der Forderungshöhe beruft sich die IG Metall wieder einmal auf den „kostenneutralen Verteilungsspielraum“. Schon der Begriff ist aber ein Witz. **Kein Cent Lohnhöhe war oder ist je kostenneutral.** (Was die Beschäftigten erkämpfen, fehlt den Unternehmern am Profit



Johann Holzheu  
geb.: 03.08.1944  
Dipl. Pädagoge  
DKP Mitglied

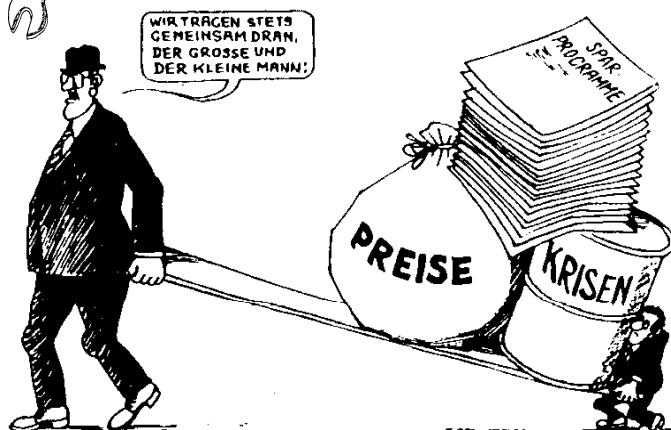
(Fortsetzung auf Seite 2)

„Wir sind eine Klassengesellschaft, das muss man deutlich sagen und deutlich machen. Das müssen auch die Gewerkschaften deutlicher machen als das bisher der Fall gewesen ist. Das ist meine feste Überzeugung. Man muss den Kollegen die Wahrheit sagen, aber was ist Wahrheit. Wahrheit ist die Härte dieses Kampfes.“

Willi Bleicher: Geboren Oktober 1907 in Stuttgt. 1938 - 1945 im KZ Buchenwald, 1946 Jugendsekretäre der IGM Stuttgt. 1948 Wahl in den IGM-Vorstand, 1951 Erster Bevollmächtigter in Göppingen, 1955 Bezirkssekretär ab 1955 bis 1972 Bezirksleiter der IG Metall Stuttgt. Er verstarb im Juni 1981 in Stuttgt. Vorbildlicher Arbeiterfunktionär der deutschen Gewerkschaftsbewegung. ★



Deshalb heraus zum 1. Mai dem  
Kampftag der Arbeiterklasse



(Fortsetzung von Seite 1)

und umgekehrt). Lohnfragen sind keine Rechen-, sondern Kampfaufgaben.

Unabhängig von der niedrig gerechneten aktuellen Inflationsrate haben die Preissteigerungen der letzten Jahre die zurückliegenden (ebenfalls bescheidenen) Entgelterhöhungen

mehr als aufgeessen. Die Umverteilung, die eigentlich zu Gunsten der Beschäftigten ausfallen sollte, war tatsächlich eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer. Wer vielleicht geglaubt hat, Bescheidenheit würde sich auszahlen, die 5,5% ließen sich nun schnell, „im stillen Kämmerlein“ durchsetzen, sieht

sich getäuscht. Sogar gegen die bescheidenen Forderungen spucken die Unternehmer Gift und Galle. Kein Abschluss wird ihnen je niedrig genug sein, keine Profitrate hoch genug. Gegen diesen Gegner werden sich auch 5,5% ohne Streik nicht durchsetzen lassen



## Kommunalpolitik

Stadtwerke Heidenheim AG

# Konzessionsvertrag veröffentlichen

OB Ilg und Gemeinderat haben Handlungsbedarf

Es wird höchste Zeit, dass den Stadtwerke-Kunden von OB Ilg klarer Wein eingeschenkt wird. Rund 5.000,- Euro an Beratungsleistungen wurden ausgegeben um die Unkenntnis der Verwaltung in Sachen Vertragsabschluss eines Konzessionsvertrags mit der eigenen Tochter Stadtwerke auszugleichen.

### Konzessions- u. Gewinnabführungsvertrag veröffentlichen

Neben dem Konzessionsvertrag, der regelt, wie viel Euro die Stadtwerke AG an die Stadt für die Genehmigungen zum Verlegen von Leitungen auf städt. Grund und Boden zu bezahlen haben, kommt noch ein Gewinnabführungsvertrag hinzu, der zusätzliche Gewinn-Euros der Stadtwerke-Kunden in den Stadtsäckel spült. Eine örtliche „Gemeindesteuer“ die hauptsächlich von den einfachen Arbeiterhaushalten, den kleinen Tarifkunden, erbracht wird.

### Öffentlicher Anspruch

Es ist keine Unverschämtheit, sondern ein demokratisches Bürgerrecht zu erfahren, welche Grundlagen, Verträge und Vereinbarungen für die Zusammensetzung

der Verbrauchertarife maßgeblich sind.

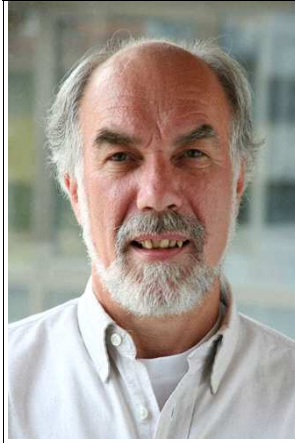
Es ist keine Unverschämtheit, dass vom Gemeinderat, den vom Gemeinderat gewählten Vertretern im Stadtwerke-Aufsichtsrat und von OB Ilg erwartet werden kann, die Öffentlichkeit über eine detaillierte Zusammensetzung der Strom-, Gas- und Wärmepreise zu unterrichten.

### Es zählt zur Daseinsvorsorge

Es besteht ein öffentlicher Rechtsanspruch, dass die Preisgestaltung der Strom-, Gas-, und Wärmetarife für alle Tarifhaushalte transparent und für jedermann verständlich veröffentlicht werden.

Der Gemeinderat, Stadtverwaltung aber insbesondere OB Ilg als Vorsitzender des Aufsichtsrat der Stadtwerke Heidenheim AG hat alles zu tun, dieses demokratische Bürgerrecht zu erfüllen.

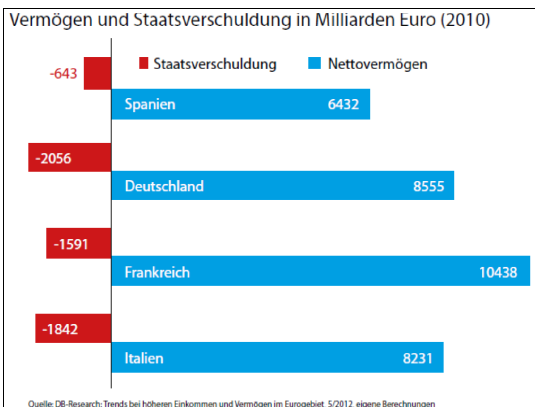
### Es ist nicht unverschämter der Öffentlichkeit gläserne Stadtwerketaschen zu präsentieren.



DKP Stadtrat Reinhard Püschel

## Deutschland hat 2,1 Billionen Euro Schulden

Deutschlands Staatsschulden haben sich seit 2001 fast verdoppelt. Ursachen dafür sind die Steuersenkungen unter den Kanzlerschaften von Schröder und Merkel und die Bankenrettung und Kosten der Wirtschaftskrise seit 2008. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt der aktuelle Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland 2,1 Billionen Euro, davon entfallen 1,3 Billionen Euro und damit fast zwei Drit-



tel auf den Bund, knapp 650 Milliarden Euro auf die Länder und 133 Milliarden Euro auf die Kommunen. Damit lag die öffentliche Verschuldung pro Kopf bei knapp 25.000 Euro.

Auf der anderen Seite betrug das Geldvermögen der privaten Haushalte Ende 2011 über 4,7 Billionen Euro, pro Kopf sind das knapp 60.000 Euro, das gesamte Nettovermögen (ohne Gebrauchsvermögen) 9,3 Billionen Euro, pro Kopf über 110.000 Euro. Davon haben allerdings zwei Drittel allein die reichsten zehn Prozent, über ein Drittel, also weit mehr als die Staatsschulden, allein das reichste Prozent.



Quelle Info Fakten: unfairteilen -Reichtum besteuern-

Arbeitszeitverkürzung jetzt

# Keine Vollbeschäftigung ohne 30 Stundenwoche

Nein, es ist nicht der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften. Es sind Hochschulprofessoren, Arbeits- und Sozialwissenschaftler, ein paar Betriebsratsvorsitzende und Gewerkschafter der unteren Hierarchie und die DKP die sich dem Thema Arbeitszeitverkürzung stellen und um präkäre Beschäftigung, Massenarbeitslosigkeit, und soziale Diskriminierung in unserer Gesellschaft abzuwenden.

## Wem gehört die Zeit?

Heute ist eine Rückbesinnung auf die Zeit des Kampfes zur 35 Stundenwoche im Jahre 1984 wertvoll. Denn es wirft die gnadenlose Frage auf: „Was ist heute?“ Und was ist aus dem damaligen Kampfergebnis geworden? Denn es gilt die Erkenntnis: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.“ Gehört meine Zeit dem Unternehmer?

## Arbeitszeitverkürzung jetzt

Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem

## Streikrecht bleibt erst mal EU-Kommission zieht Verordnung zurück

Die Europäische Kommission ist mit ihrem Versuch gescheitert, das Streikrecht einzuschränken. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte im September an, die sogenannte Monti-II-Verordnung zurückzuziehen. Mit der Rechtsvorschrift sollten Arbeitskämpfe, die die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beeinträchtigen, künftig für unzulässig erklärt werden.

Wäre der Entwurf in Kraft getreten, hätten Beschäftigte nicht mehr gegen den Einsatz billigerer Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern streiken dürfen. Anfang 2009 hatte es mehrere „wilde Streiks“ in einer Raffinerie von Total in Lindsey/England gegeben. Der Auslöser war ein Beschluss der italienischen Baufirma IREM gewesen, ausschließlich italienische und portugiesische Arbeiter für ihr dortiges Bauvorhaben einzusetzen. Auch in Finnland, Schweden und Dänemark war es in den vergangenen Jahren zu Protesten gekommen, weil Firmen ausländische Arbeiter gezielt zur Senkung der Personalkosten eingesetzt hatten.

Lohn- und Personalausgleich kann die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung aktiv beendet, beziehungsweise verhindert werden. Diese kann nicht allein Sache von Tarifpolitik sein. Sie muss Gegenstand eines gesellschaftlichen Kampfes um gesetzliche (Arbeitszeitgesetz) und tarifvertragliche Regelungen sein. Die Überzeugung der Menschen in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für dieses Ziel zu kämpfen ist die Voraussetzung für einen Erfolg. Den massenhaft ansteigenden, frühzeitigen Erkrankungen aufgrund der Anforderungen im Arbeitsleben, auch dem vorzeitigen Ausscheiden durch Erwerbsunfähigkeit kann damit entgegengewirkt werden. Die Frühverrentungen mit erheblichen Abschlägen, und drohender Altersarmut müssen verhindert werden. Sozialpolitisches Handeln vom Gesetzgeber aber auch von den Gewerkschaften muss verlangt werden. 

Bereits im Mai hatten zwölf nationale Regierungen Einspruch gegen die geplante Regelung erhoben. Die deutsche Regierung allerdings nicht.

Der DGB hatte die EU-Pläne, wie alle anderen europäischen Gewerkschaften auch, heftig kritisiert. Die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt begrüßte den Rückzieher der Kommission: „Die Verteidigung des Streikrechts ist ein großer Erfolg, der Mut macht“, erklärte der stellvertretende IG-BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfer. „Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen: Die politische Linie der EU, Arbeitnehmerrechte zu verwässern, ist nicht gebrochen. Wir werden der EU-Kommission genau auf die Finger schauen“. Und wir werden den Gewerkschaftsführungen auf die Finger schauen, dass sie die von ihnen zusammen mit dem Arbeitgeberverband initiierten Streikrechtsänderungen nicht wieder aus der Schublade ziehen. Quelle: Netzwerk-Info Nr.43

Im Artikel 9 unseres Grundgesetzes, das die Vereinigungsfreiheit und das Verbot von Maßnahmen gegen Arbeitskämpfe regelt, ist gewährleistet, dass das Streikrecht zur Wahrung und Förderung von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen also das Streikrecht, gewährleistet ist. Die IG Metall hat in § 2 ihrer Satzung die Verpflichtung geregelt, gegen denjenigen der beabsichtigt dieses Recht zu beschränken, ihr Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 (4) GG einzusetzen.

Streikrecht ist Grundrecht und darf von der EU nicht angetastet werden. Wer aber aussperrt gehört eingesperrt.





Lieder, Gesänge und Balladen aus 150 Jahren Arbeiterbewegung

150 Jahre Arbeiterbewegung & vor 80 Jahren Zerschlagung der Gewerkschaften

IG Metall Heidenheim lädt anlässlich dieser Daten alle Mitglieder zum Konzert ein:

29.04.13, Lokschuppen Heidenheim  
Einlass ab 17:30 Uhr

Eintritt frei für IG Metall Mitglieder  
Anmeldungen unter:  
IG Metall Heidenheim  
Tel: 07321/9384-0  
Email: heidenheim@igmetall.de

## Heidenheimer Friedenstag am 04. Mai 2013 ab 10:00 Uhr Eugen-Jaekle-Platz



Im Bündnis mit der Heidenheimer Friedensgruppe beteiligt sich die DKP mit einem Infostand

**Keine Kriegseinsätze in aller Welt!  
Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte!**

## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen u. Antifaschisten



## Gedenkstunde am 12. Mai 2013

10:30 Uhr am Gedenkstein vor dem Rathaus  
zum 68. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom  
Hitlerfaschismus  
mit kurzen Redebeiträgen und Blumen für die  
Ermordeten in den Konzentrationslagern

## Die soziale Kluft ist tiefer geworden

Das Wirtschaftswachstum und die beachtlichen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre kamen fast ausschließlich Unternehmern und Reichen zugute. Konzerne meldeten immer neue Rekordgewinne, Manager-Bezüge erreichten schwindelerregende Höhen, die Millionäre wurden trotz Krise immer reicher und zahlreicher. Die Reallöhne hingegen sanken in Deutschland im Gegensatz zu allen anderen EU-Ländern. Die Schere von Arm und Reich hat sich infolgedessen immer weiter geöffnet. Das Einkommen der ärmsten Schichten sank von 2000 bis 2009 um 6,9 Prozent, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 13,4 Prozent hinzu gewann und die Allerreichsten noch deutlich mehr.

## Keine Zusammenarbeit des DGB mit den Zielen der Bundeswehr

Die DKP kritisiert die geplante engere Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Bundeswehr, wie sie der DGB-Vorsitzende Sommer auf seinem Treffen mit Verteidigungsminister de Maiziere am 5.2.13 befürwortete, sowie die dort angekündigte gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr. Sie lehnt insbesondere die Aussage des Bundesverteidigungsministers de Maizière ab, wonach die „Bundeswehr Teil der Friedensbewegung“ sei, eine Aussage, der Sommer nicht widersprach.

Sommers Äußerung „Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist historisch belastet, dass ist es heute nicht mehr“ ist inakzeptabel und ein großer Rückschritt, der in krassem Widerspruch zu dem starken Engagement der Gewerkschaften gegen die Wiederbewaffnung und die beabsichtigte atomare Bewaffnung der Bundeswehr steht. Sie ist nicht zu vereinbaren mit den gewerkschaftlichen Protesten gegen die weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr, insbesondere gegen den Krieg im Irak und in Afghanistan, gegen Aufrüstung und Waffenexport. Keine Beschlüsse des DGB ermächtigen ihn zu solchen Äußerungen.

Die Bundeswehr war nie Teil der Friedensbewegung und kann es nie sein. Sie führt weltweit Krieg und darf seit 2012 sogar im Innern, d.h. auch gegen die Arbeiterbewegung, eingesetzt werden. Unverzichtbarer Teil der Friedensbewegung ist jedoch die Arbeiterbewegung. Die DKP wird deshalb ihre Kräfte dafür einsetzen, dass eine Erklärung von DGB und Bundeswehr, in der die DGB-Gewerkschaften die deutsche Kriegspolitik mittragen, nicht verabschiedet wird, sondern dass sich die Gewerkschaften für den Frieden einsetzen. ★

## Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung  
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und  
andere Publikationen kosten Geld  
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

**DKP Heidenheim**  
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30  
**Kreissparkasse Heidenheim**

**Vielen Dank!**